

Region

SP hat keine Freude an «Vernunftlösung»

Nidau Der Stadtrat von Nidau diskutiert heute Abend erneut über die Kita-Initiative der SP. Der Gegenvorschlag des Gemeinderats sorgt bei der Urheberin der Initiative für Kopfschütteln: Das Reglement sei «unnötig und untauglich».

Carmen Stalder

In Nidau gibt es zu wenig Kita-Plätze: Sowohl in der von der Stadt subventionierten Kita Aarehüpfer als auch in der privaten Kita Himmelchen ist die Nachfrage grösser als das Angebot. Das Problem ist altbekannt und unbestritten. Im Herbst vor einem Jahr hat die SP Nidau deswegen die Initiative für ein familienfreundliches Nidau, besser bekannt als Kita-Initiative, eingereicht. Die Initiative fordert ein besseres Angebot an familienergänzenden Betreuungsangeboten. Es soll keine langen Wartelisten bei Kindertagesstätten und keine Betreuungslücken während der Schulferien mehr geben. Gemäss Initiative soll die Stadtordnung mit einem entsprechenden Artikel ergänzt werden (das BT berichtete).

Eigentlich hätten die Nidauerinnen und Nidauer am Sonntag über die Initiative abstimmen sollen. Doch an der Stadtratssitzung im Juni wurde ein Rückweisungsantrag der Bürgerlichen und der EVP knapp angenommen. Sie forderten vom Gemeinderat einen Gegenvorschlag. Der geplante Abstimmungstermin rückte deshalb in die Ferne. In der Zwischenzeit hat der Gemeinderat einen direkten Gegenvorschlag erarbeitet. An der heutigen Stadtratssitzung diskutieren die Ratsmitglieder nun über die Empfehlungen für die Stimmbürger und verabschieden die Botschaft.

140 000 Franken Zusatzkosten

Ab August 2019 können Berner Gemeinden für die Finanzierung von Kitas und Tageseltern auf ein neues System mit Betreuungsgutscheinen umstellen. Die Höhe der Gutscheine richtet sich jeweils nach den Einkommens- und Vermögensverhältnissen der Eltern. Die Eltern können dann in einer beliebigen Kita einen Betreuungsplatz suchen. Die Unterscheidung zwischen subventionierten und privaten Plätzen gibt es nicht mehr (ein Artikel zu diesem Thema erscheint morgen im «Kontext»).

In Nidau würde die Anzahl der Betreuungsgutscheine bei Annahme der Initiative nicht beschränkt. Der Gemeinderat rechnet in diesem Fall mit zusätzlichen Ausgaben von insgesamt rund 140 000 Franken im Jahr. Anders will es der Gegenvorschlag: Falls die Kosten für die Gutscheine die finanziellen Möglichkeiten der Stadt übersteigen, könnte der Gemeinderat die Abgabe beschränken. Genau dieser Punkt ist der SP ein Dorn im Auge. «Mit dem Reglement wird es wieder Wartelisten geben, es zementiert



Keine Wartelisten mehr: Die Kita-Initiative soll für mehr Betreuungsplätze sorgen.
SYMBOLBILD:
MATTHIAS KÄSER/A

einfach nur die bisherige Situation», sagt Michael Kramer, Vorstandsmitglied der SP Nidau und Teil des Initiativ-Komitees. Aufgrund des «unnötigen und untauglichen Gegenvorschlags» halte man an der Initiative fest. Gleicher Meinung sind die Grünen: Man sei einstimmig für die Initiative, sagt Stadträtin Carine Stucki-Steiner. «Der Gegenvorschlag ist uns zu lasch. Und wir wollen nicht, dass künftig in jeder Budgetdebatte über die Anzahl der Betreuungsgutscheine diskutiert wird.» Sie fügt aber an, dass das Reglement immer noch besser wäre als gar nichts.

Bei den anderen Parteien stösst das Anliegen der SP zwar durchaus auf offene Ohren. Doch diejenigen, die im Juni einen Gegenvorschlag gefordert haben, sind bei ihrer Meinung geblieben: Die Initiative gehe zu weit und der Handlungsspielraum der Gemeinde würde zu stark eingeschränkt. Ralph Lehmann (FDP), Fraktionspräsident der Bürgerli-

chen, bezeichnet den Gegenvorschlag als «fortschrittliche Vernunftlösung»: «Damit bekommt der Gemeinderat eine Steuermöglichkeit, damit die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.»

Aufgabe der Gemeinde oder nicht?

Zufrieden mit dem vom Gemeinderat ausgearbeiteten Reglement zeigt sich auch die SVP. «Ich gehe davon aus, dass sich damit die aktuelle Situation verbessern würde, auch wenn es weiterhin kleine Wartelisten gäbe», sagt Fraktionspräsident Leander Gabathuler. Bei einer Annahme der Initiative sieht er dagegen die Gefahr, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen derart steigen würde, dass Nidau grosse Investitionen tätigen müsste – etwa in den Bau von neuen Kitas.

Indem sich Paul Blösch-Althaus (EVP) für den Gegenvorschlag statt für die Initiative ausspricht, weicht er von der Mehrheitsposition seiner Fraktion

(Grüne/EVP) ab. Ihm ist besonders wichtig, dass das Reglement eine finanzielle Sicherung bietet. «Wir müssen uns schon fragen, ob wir als Gemeinde sämtliche Betreuungsbedürfnisse unumschränkt und ohne finanzielle Limite erfüllen müssen.» Ähnlich wie er findet auch Hanna Jenni (PRR), dass die Betreuung von Kindern zu einem Teil in der Eigenverantwortung der Eltern liege. «Es ist nicht die Aufgabe der Gemeinde, Kinder rund um die Uhr zu betreuen», sagt sie.

Ein weiterer Aspekt der Initiative betrifft die Ferienbetreuung. Während der Schulferien besteht in Nidau aktuell eine Betreuungslücke. Sowohl bei Annahme der Initiative wie auch beim Reglement soll ein besseres Ferienbetreuungsangebot geschaffen werden. Die Initiative verlangt ein Angebot vom Säugling bis zur 9. Klasse, das Reglement dagegen nur bis zur 6. Klasse. «Bezüglich Ferienbetreuung fehlt im Reglementsentwurf eine Angabe dazu, wie viele Wochen man

abdecken wird», moniert die SP. Die acht Wochen, die der Gemeinderat in Aussicht stelle, seien nicht mehr als ein Lippenbekenntnis und könnten jederzeit wieder reduziert werden.

Auf der anderen Seite führen die Bürgerlichen die angespannte finanzielle Situation in Nidau ins Feld – unter diesen Umständen sei die Umsetzung der Initiative unverantwortlich. Das sieht Michael Kramer naturgemäss anders. «Nidau buttert derzeit so viele Millionen Franken in Grossprojekte. Dagegen sind die paar Franken für die Kinderbetreuung ein Klacks.» Die Nidauerinnen und Nidauer werden am 10. Februar über die Initiative abstimmen können – und dabei entscheiden, ob sie sich eher um Wartelisten bei Kitas oder um die finanzielle Lage ihrer Gemeinde sorgen.

Frühere Artikel zur Kita-Initiative finden Sie unter www.bielertagblatt.ch/kita-nidau

Reklame



Volkswagen

AUTOCENTER
AEBI AG LYSS

Autocenter Aebi AG Lyss
Bernstrasse, 3250 Lyss
Tel. 032 387 20 95
www.aebi-auto.ch

Besuchen Sie uns in den neuen Räumlichkeiten

Zurück an den Absender

Büren Mehr Lohn und Spesen für den Gemeinderat, Kreditabrechnungen und ein Reglement, das einen neuen Anlauf nehmen muss: Das waren die Themen an der Gemeindeversammlung von Büren.

Das Wichtigste vorweg: Die Bürener Gemeindeversammlung hat am Dienstagabend das teilrevidierte Reglement für Entschädigungen und Spesen abgesegnet, und das mit grosser Mehrheit. Konkret heisst das: Das Gemeindepräsidium wird neu mit 24 000 Franken und das Vize-Präsidium mit 12 000 Franken entschädigt. Gemeinderatsmitglieder erhalten künftig 10 000 Franken pro Jahr, dazu kommen fixe Spesen. Es gibt 4800 (Gemeindepräsidium), 3600 (Vize-Präsidium) beziehungsweise 2400 Franken (restliche Mitglieder der Stedtl-Regierung).

Abgelehnt hat die Versammlung hingegen das neue Reglement über die Mehrwertabschöpfung, das mit einigen Zusätzen versehen worden wäre. Etwa jenem, wonach Grundeigentümer beim Erheben von Mehrwertgaben durch Dritte zur Kasse hätten gebeten werden können. In der Diskussion tauchten bei den Anwesenden viele Fragen auf. Nun geht das Reglement zurück an den Absender. Gewünscht wird eine überarbeitete Version mit mehr Informationen.

Budget 2019

Aufwand	22 896 250
Ertrag	22 443 150
Defizit	453 100
Steuieranlage	1.64

Wenig zu reden gab dagegen die Abrechnung zur Sanierung Akazienweg/Thoracker. Kein Wunder: Im Bereich Abwasserentsorgung schloss das Projekt unter Budget ab und kostete 58 354 Franken weniger als die bewilligte Limite von 795 000 Franken. Dasselbe im Bereich Strassenbau: Hier fielen die Kosten im Vergleich zum Kredit von 695 000 Franken um 6707 Franken günstiger aus, was wohlwollend zur Kenntnis genommen wurde.

Ebenfalls unter Budget schloss das Projekt «Verkehr im Quartier». 413 000 Franken waren dafür berechnet, ausgegeben wurden 333 005 Franken – eine Besserstellung von 79 995 Franken. Auch hier gabs keine Diskussion wie eingangs zum Gesamtbudget 2019. Dieses wurde ohne Wortmeldung genehmigt. *mt/egs*

Nachrichten

Bielerseewein Hubacher gewinnt zweimal Silber

Bielerseewinzer Martin Hubacher vom Weingut Johannerkeller, Twann, hat beim 23. grossen Internationalen Weinpreis Mundus Vini zweimal eine Silbermedaille geholt. Ausgezeichnet wurden Hubachers Chardonnay Lac de Bienne AOC (2016) sowie der 2017er Sauvignon Blanc Lac de Bienne AOC. *mt*

Schüpfen So startet die Behörde ins 2019

Der Gemeinderat Schüpfen hat die Ressorts neu verteilt. *mt*

Zusammensetzung: Pierre-André Pittet (Präsident); Beat Stähli (Bau, Liegenschaften und Energie); Martina Zurschmiede (Finanzen); Meret Illi Bollinger (Bildung); Marco Prack (Jugend, Kultur und Soziales); Monika Stutz (Öffentliche Sicherheit); Ursula Stähli (Gemeindebetriebe).